EP-FH-01-594

D – Was Freiheit schützt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln)

Änderungsantrag zu EP-FH-01

Von Zeile 593 bis 595 einfügen:
Menschen, die bei uns in Europa ankommen, müssen zuverlässig registriert, erstversorgt und menschenwürdig untergebracht werden. Die Rechte von Menschen zu beschneiden, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, lehnen wir ab. Das Recht auf Einzelfallprüfung und das Nichtzurückweisungsgebot gelten dabei immer und überall.

Begründung

Die Krisen-Verordnung (ein integraler Bestandteil des New Pact on Migration and Asylum) in der Fassung des Rates der EU verstößt gegen grüne Beschlusslage. Beim Länderrat vom 17.06.2023 hatten wir uns klar zur Krisen-Verordnung positioniert: „Die Rechte von Menschen zu beschneiden, die durch autoritäre Staaten instrumentalisiert werden, lehnen wir ab“ (https://cms.gruene.de/uploads/images/20230617-Beschluss-LR-Fuer-eine-moderne-und-menschenrechtsorientierte-Migrationspolitik.pdf), Zeile 244-245.

Die eindeutige Beschlusslage von Bündnis 90/Die Grünen zur Krisen-Verordnung wird hier wortwörtlich reproduziert.

Dieser Änderungsantrag basiert auf dem auf der Mitgliederversammlung von Bündnis 90/Die Grünen Berlin-Neukölln angenommenen Beschluss „Menschenrechte von Geflüchteten verteidigen. Gegen eine Verschärfung des europäischen Asylrechts“ des KV Neukölln vom 18.07.2023 (https://www.gruene-neukoelln.de/fileadmin/Neukoelln/Partei/2023-07-18_Antrag-Asylpolitik.pdf), S. 2.

Die hier beantragten Änderungen zum Europawahlprogramm-Entwurf des Bundesvorstands korrespondieren mit der in dieser Frage sehr klaren Positionierung der grünen Europafraktion (vgl. die Wortmeldung von Tineke Strik, MdEP vom 27.07.2023 auf X/ehemals Twitter: https://twitter.com/Tineke_Strik/status/1684635682306654208?t=FRW30YKvP0-QZkGKQWt4pA&s=09).

Neben der grünen Europafraktion lehnt auch das Europäische Parlament in seiner Gesamtheit die vom Rat der EU geforderten gesetzlichen Neuregelungen zur Einführung des Konzepts der „Instrumentalisierung“ von Migrant*innen geschlossen ab (vgl. die Beschlusslage des Europäischen Parlaments zur Krisen-Verordnung unter https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20230327IPR78520/first-green-light-given-to-the-reform-of-eu-asylum-and-migration-management).

Auch die Zivilgesellschaft auf europäischer und nationaler Ebene lehnt die vom Rat der EU geforderte Aufnahme des Konzepts der „Instrumentalisierung“ von Migrant*innen in die Krisen-Verordnung kategorisch ab (vgl. u.a. die Stellungnahme des europäischen Dachverbands European Council on Refugees and Exiles unter https://ecre.org/joint-statement-ngos-call-on-member-states-agreeing-on-the-instrumentalisation-regulation-will-be-the-final-blow-to-a-common-european-asylum-system-ceas-in-europe/ sowie einen ähnlichen Aufruf von 55 deutschen Nichtregierungsorganisationen vom 04.07.2023: https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/sites/default/

files/2023-07/Gemeinsames-Statement_GEAS_Nein-zur-Instrumentalisierung-durch-die-Hintertuer.pdf).

Mit Blick auf die aktuellen Debatten zu möglichen Asylrechtsverschärfungen historischen Ausmaßes in der Europäischen Union ist es sehr wichtig und auch dringlich, dass das Europawahlprogramm 2024 von Bündnis 90/Die Grünen die grüne Beschlusslage zur Krisen-Verordnung widerspiegelt. Als Bündnispartei orientieren wir uns in dieser Frage an den kritischen Positionierungen der uns tragenden Menschenrechtsorganisationen und Verbände, als Europapartei an der diesbezüglich klaren Haltung der grünen Europafraktion.

weitere Antragsteller*innen

Stella Alexandra Weißenburg (KV Berlin-Neukölln); Malte Spielmann (KV Berlin-Neukölln); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Kathleen Wabrowetz (KV Berlin-Neukölln); Swantje May (KV Berlin-Neukölln); Lisa Karoline Ruppel (KV Berlin-Neukölln); Miriam Wirsing (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Anke Dörsam (KV Berlin-Kreisfrei); Bahar Haghanipour (KV Berlin-Kreisfrei); Jan Schmid (LV Berlin); Maria Regina Feckl (KV Erding); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Luzie Neyenhuys (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Siegrid Tautz (KV Neckar-Bergstraße); sowie 75 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.